

The logo for the Bavarian Chamber of Commerce (vbw) is located in the top right corner. It consists of the lowercase letters 'vbw' in a white, sans-serif font on a dark blue square background.

vbw

Die bayerische Wirtschaft

# FDP Kreisverband Starnberg

---

**Mittwoch, 13.07.2016 um 20:00 Uhr**

Seehaus Schreyegg

Landsberger Straße 78, 82266 Stegen am Ammersee

---

Was zeichnet einen starken  
Wirtschaftsstandort aus?

---

**Bertram Brossardt**

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

---

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Hundesrügge,

sehr geehrter Herr Föst,

meine Damen und Herren,

vielen Dank für die Einladung nach Stegen an  
den schönen Ammersee.

Wie man sieht, hat der Landkreis Starnberg auch  
am äußersten westlichen Rand sehr viel zu  
bieten!

Für die, die die vbw nicht kennen:

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen  
Wirtschaft e.V. ist die zentrale freiwillige  
Interessenvertretung der bayerischen Wirtschaft.

Unter unserem Dach vereinen wir  
127 Mitgliedsverbände und  
41 Einzelunternehmen. Sie stehen für rund  
viereinhalb Millionen Erwerbstätige in Bayern.

Unser gemeinsames Anliegen ist es, die  
Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft  
zu stärken.

Frau Hundesrügge und Herrn Föst habe ich ja  
bereits vor zwei Wochen bei einem Austausch

zwischen den Spitzen der FDP Bayern und der vbw getroffen.

Das war ein sehr reges und interessantes Gespräch.

Die Konsenspapiere zu mehreren Standortthemen zeigen, dass wir bei unseren Positionen nah beieinander liegen.

Auch heute geht es wieder um die Frage, was einen starken Wirtschaftsstandort auszeichnet.

vbw Agenda 2020

In unserer **Agenda 2020** hat die vbw auf den Punkt gebracht, was die Politik für einen starken Wirtschaftsstandort tun muss.

Erstens: Ein starker Standort braucht ein einfaches, leistungsgerechtes und international wettbewerbsfähiges **Steuersystem**.

Auf kommunaler Ebene ist selbstverständlich ein moderater Hebesatz bei der **Gewerbesteuer** ein wichtiger Standortfaktor. Im Landkreis Starnberg wird diesbezüglich meines Wissens ja nicht überzogen.

Was die **Erbschaftsteuer** angeht, so wurde gerade in der Großen Koalition ein Kompromiss gefunden, der, obwohl noch schwierig, besser als erwartet ausgefallen ist. Man muss jetzt abwarten, ob der Bundesrat sich damit anfreunden kann. Langfristig sind wir für die Abschaffung der Erbschaftsteuer.

Die Steuerpolitik sollte auch für Impulse für **Wachstum** und **Investitionen** sorgen.

- Etwa durch eine steuerliche Förderung der energetischen Gebäudesanierung – die sich im Übrigen durch die Belebung des Handwerks von selbst trägt.
- Durch die Einführung der steuerlichen Forschungsförderung und
- durch die Wiedereinführung der degressiven Abschreibung.

Und es soll mir niemand erzählen, dass diese Maßnahmen mit der nötigen Haushaltskonsolidierung nicht vereinbar sind!

Schließlich ist von 2005 bis 2015 das Steueraufkommen in Deutschland um fast **50**

**Prozent** gestiegen. Davon profitieren Bund, Länder und Kommunen!

Zweitens: **Arbeit** in Deutschland ist zu teuer und zu unflexibel. Um den Standort zu stärken, darf es keine weiteren Belastungen für die Firmen mehr geben.

Dazu gehören auch eine flexible Arbeitsmarktpolitik sowie der Verzicht auf teure sozialpolitische Maßnahmen, die die Lohnzusatzkosten weiter in die Höhe treiben.

Mindestlohn, Rente mit 63, Elterngeld plus und Frauenquote: Schwarz-Rot hat bisher vor allem die Belastungen für die Unternehmen erhöht.

Weitere kontraproduktive Vorhaben sind geplant, wie etwa das sogenannte **Entgeltgleichheitsgesetz** oder die **Lebensleistungsrente**.

Das ist die falsche Politik!

Drittens: Wir müssen unser Bildungssystem noch leistungsfähiger machen.

In den Schulen und Hochschulen müssen die Chancen des **digitalen Lehrens und Lernens** noch stärker genutzt werden.

Das **achtjährige Gymnasium** hat sich bewährt, es sollte aber optimiert werden. Leitlinie muss dabei sein, die Schüler noch begabungsgerechter, differenzierter und individueller zu unterrichten und zu fördern

Viertens: Wir benötigen eine leistungsfähige Infrastruktur – dazu gehören die Bereiche

- Verkehr,
- IT und
- Energie.

Allein über das Thema „Verkehrsinfrastruktur im Großraum München“ könnte man jetzt eine abendfüllende Rede halten.

Nur so viel: Der Bedarf an Infrastrukturinvestitionen ist groß. Der Großraum München platzt aus allen Nähten. Die Widerstände der Bevölkerung gegen Infrastrukturprojekte sind aber ebenfalls groß – von der 3. Startbahn am Flughafen bis hin zum Tunnel in Starnberg.

Hier ist auch die Kommunalpolitik gefragt, Überzeugungsarbeit zu leisten.

Was die Energieinfrastruktur angeht, so müssen wir das Hauptproblem der Energiewende, die hohen Strompreise, dringend anpacken.

Wir sind weit von international wettbewerbsfähigen Strompreisen entfernt. Die Strompreise sind bei uns mehr als doppelt so hoch wie in den USA und 50 Prozent höher als in Frankreich.

Das führt dazu, dass die Energiekosten zu einem immer größeren Standortproblem werden – mit entsprechenden Abwanderungstendenzen.

In einem ersten Schritt brauchen wir endlich eine Strompreisbremse.

Auch muss das Erneuerbare-Energien-Gesetz grundlegend reformiert werden. Das Gesamtsystem stimmt nicht.

Es ist ein Subventionskarussell entstanden, das kaum mehr zu stoppen ist.

Auch die aktuelle Einigung beim Erneuerbare Energiegesetz wird den Strompreisanstieg nur

abschwächen, aber nicht aufhalten. Was wir brauchen, ist ein Wende beim Strompreis.

Fünftens: Wir müssen Forschung und Innovationen weiter fördern.

Eine zentrale Rolle spielt dabei die Digitalisierung.

Sie ist Mega-Innovationstreiber – aber auch eine Mega-Herausforderung für unsere Unternehmen und den Standort insgesamt.

Hier gibt es viel zu tun, um den Standort fit zu machen. Das reicht vom Breitbandausbau über die Digitalisierung des Bildungssystems bis hin zur Klärung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Das Thema stellt auch für die Unternehmen eine riesige Herausforderung dar.

Und zwar nicht nur für die großen, sondern auch für den Mittelstand und für das Handwerk. Hier ist noch viel Aufholarbeit zu leisten.

Sechstens: Wichtig ist eine **wirtschaftsfreundliche öffentliche Verwaltung**.

Das heißt, eine Verwaltung, die offen ist für die Belange der regionalen Wirtschaft und eng und

effizient mit ihr zusammenarbeitet – und zwar auch für den breiten unternehmerischen Mittelstand.

Bayern steht hier im Vergleich zu anderen Ländern hervorragend da.

Trotzdem gilt es auch hier, sich weiterzuentwickeln.

Ein aktuelles Beispiel ist die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung.

Die Kommunen müssen ihre Rathäuser in intensiver Abstimmung mit der Unternehmerschaft vor Ort zu digitalen Rathäusern weiterentwickeln.

Zudem müssen auf regionaler Ebene **bedarfsgerechte Flächenangebote** ausgewiesen werden.

Und zwar sowohl für den Bedarf der Unternehmen. Aber in Wachstumsregionen auch für Wohnraum.

Wichtiges Stichwort in dem Zusammenhang ist die Einführung eines intelligenten, großräumigen Ausgleichsflächenmanagements in Bayern.

Sie sehen, dass wir uns in Bayern – trotz unserer wirtschaftlichen Erfolge – in vielen Bereichen noch verbessern können.

Soviel zunächst von meiner Seite.

Vielen Dank!